Deutsche Ausgabe.

Nur als Manuskript gedruckt.

INTERNATIONALE PRESSE-KORRESPONDENZ

Nr. 156
3. Oktober

3. Jahrgang
1923.

Zentralversand: Berlin SW 48, Friedrichstraße 225 III. Briefadresse: Wilhelm Bartz, Berlin SW 48, Friedrichstraße 225 III für Inprekorr. Telegramm-Adresse: Inprekorr. Telephon: Lützow Nr. 1956, 1957 und Nollendorf Nr. 2883

INHALT

Die Lage in Deutschland. Von Wilhem Bartz . 1331

Deutschland
Alarmbereitschaft 1332
Die Schweiz und die Revolution in Deutschland. Von Stirner 1332

Politik.
Der Kampf der Arbeiter und Bauern Bulgariens 1333

Aus Sowjetrußland.
Die Moskauer landwirtschaftliche Ausstellung. Von Magyar 1333

Wirtschaft.
Die Russisch-Persische Bank. Von Perlin 1334

Arbeiterbewegung.
Die russischen Gewerkschaften an die Amsterdamer . . 1335

Genossenschaftsbewegung.
Die 9. Session des Zentrosojus. Von Bittel 1336

Aus der Internationale.
Die Vereinigung der beiden Kommunistischen Parteien in Dänemark. Von Jensen 1337

Faschismus.
Der neue spanische Faschismus. Von Maurin . . . 1337

Aus den Kasematten der Bourgeoisie.
Ein Brief aus den Kerkern Finnlands 1337

Buchbesprechung.
Cunow-Kautskys Kampf um den Staat. Von Korsch 1338

Die Lage in Deutschland.

Von Wilhelm Bartz.

Berlin, 3. Oktober 1923.

** Die Ereignisse in Deutschland entwickeln sich schneller, als wir annehmen konnten, aber sie entwickeln sich in der von uns bereits angedeuteten Linie. Die Dinge verschieben sich mit Sturmesschritten nach rechts. In Bayern herrscht Kahr. Er soll die Regierung übernommen haben. Diese Nachricht wurde jedoch dementiert. Wozu auch eine Regierungsänderung, wo Kahr nur zu pfeifen braucht: und alle Behörden, einschließlich der Reichswehr, gehorchen ihm? Das Neueste ist, daß er einen Angehörigen der Sozialdemokratischen Sicherheitsabteilung verhaften ließ, weil dieser angeblich die Nationalsozialisten belästigt haben soll. Es ist das sicher kein bloßer Nadelstich, sondern ein Auftakt im Vernichtungskampf gegen den Marxismus.

Die Besetzung der Altstadt Küstrins stellt sich nun auch nach den neueren amtlichen Berichten als ein zusammenhängender Putschplan dar. Die „national-kommunistischen Banden", von denen die ersten amtlichen Communiqués sprachen, entpuppten sich nun als Stahlhelmleute, die an der Oder, an der Havel und sonstwo am 1. Oktober losschlagen wollten. Die Bombe ist zu früh explodiert. Eine Anzahl der Draufgänger befindet sich in Gewahrsam.

In Norddeutschland herrscht die Militärdiktatur. Was bisher an Freiheiten für das arbeitende Volk noch bestanden hat, sollte durch ein besonderes Ermächtigungsgesetz zunichte gemacht werden. Dieses Gesetz würde der Regierung erlauben, auf dem Verordnungswege die Gesetze wie das über den Achtstundentag außer Kraft zu setzen. Hinter diesem Ermächtigungsgesetz standen sowohl die sozialdemokratischen als auch die volksparteilichen Minister, nicht aber die Parteien, aus denen diese Minister hervorgegangen sind. Die Deutsche Volkspartei war selbstverständlich Feuer und Flamme für dieses Gesetz an sich, aber sie forderte, daß es durch eine Regierung ausgeführt werde, in der auch die Deutschnationalen, also die Rechtesten der Rechten, vertreten sein sollen; ja, noch mehr: daß diese deutschnationalen die sozialdemokratischen Minister zu verdrängen hätten. Zu diesem Selbstmord wollten sich die Sozialdemokraten nicht sofort hergeben. Sie bestanden auf ihre Minister, und als Antwort auf diesen Vorstoß von rechts wollten sie auf einen Schelm einen halben setzen und einen Antrag der Kommunisten unterstützen, der die Aufhebung des Belagerungszustandes in Bayern, also die Zerstörung der gesetzlichen Hülle der Kahr-Diktatur, verlangt. Darob eine Regierungskrise. Diese wird, wie nicht anders zu erwarten ist, mit einem Kompromiß enden. Die Sozialdemokraten geben nach.

Eine bis in die frühen Morgenstunden dauernde Kabinettssitzung beriet über die Lage. Bis zur Stunde, da diese Zeilen gedruckt werden, liegen die Dinge so, daß die Sozialdemokraten in der **bayerischen Frage gegen den kommunistischen Antrag** auf Aufhebung des bayerischen Ausnahmezustandes stimmen werden. Das **Ermächtigungsgesetz**, mit dem der Reichsregierung außerordentliche Vollmachten erteilt werden sollen, wird von den Sozialdemokraten geschluckt werden, wenn seine Geltungsdauer nicht bis zum 31. März 1924, sondern nur solange aufrecht erhalten bleiben soll, solange das gegenwärtige Kabinett am Ruder ist. Im Zusammenhang mit der Beseitigung des **Achtstundentages** heißt es: „Man hat eine Formel gefunden, der alle Koalitionsparteien zustimmen konnten." Im Falle des bis zu diesem Moment noch nicht endgültig feststehenden Rücktritts des Reichsernährungsministers **Dr. Luther** werden die Sozialdemokraten damit einverstanden sein, daß dieser Ministerposten durch einen Vertrauensmann der Landwirtschaft ersetzt wird.

Das Drunter und Drüber in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion verstärkt sich immer mehr. In stundenlangen Sitzungen hat die Fraktion beraten, ohne zu endgültigen Beschlüssen zu kommen. Der Führer der Fraktion, Hermann Müller, läuft zum Reichskanzler, berichtet und die Fraktion beratet weiter. Zu der bisherigen Opposition in der Fraktion treten noch alle diejenigen, die bisher hinter dem Reichsfinanzminister Hilferding gestanden haben, den sie noch nicht fallen lassen wollen.

Diese Regierungskrise ist ja nur eine kleine Etappe in dem großen Marsch nach rechts, der seinerseits durch die **auswärtige** und die **innere** Lage bestimmt wird. Poincaré ist unversöhnlich. Die Folge ist das Anwachsen der Erbitterung, die sich in einem nationalen Befreiungskampfe Luft machen soll. Die Finanz- und Wirtschaftskrise verschärft sich. Die Unzufriedenheit soll durch Bajonette niedergehalten werden.

Die überwiegende Masse der Arbeiter sieht diesen Weg noch nicht klar. Die herrschenden Klassen steuern bewußt darauf hin. Noch wagen sie es, einen solchen Versuch zu unternehmen . . .

Deutschland

Alarmbereitschaft!

Dieser Artikel erschien am Morgen des 13. März 1920, dem Tage des Kapp-Putsches, im „Vorwärts", dem Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Wir bringen den Artikel als eine klassische Selbstcharakterisierung der sozialdemokr. Politik ohne Kommentar zum Abdruck. Die Redaktion.

** Das Feuer der Verschwörung gegen die Republik ist entdeckt, aber **noch nicht ausgetreten.** Verhaftungen sind angeordnet, aber zum wichtigsten Teil noch nicht vollzogen, weil die Bedrohten dank einem geheimnisvollen Ahnungsvermögen imstande waren, sich noch rechtzeitig aus dem Staube zu machen. Auch andere Leute, die hinter verschlossene Türen gehören, befinden sich **noch auf freiem Fuß,** und was ihnen in den nächsten 48 Stunden zu tun beliebt wird, wenn es nicht gelingt, ihrer habhaft zu werden, darf man mit einiger Spannung erwarten.

Der Plan war, **in der Nacht von diesem Sonnabend zum Sonntag die Regierungsgebäude mit meuternden Truppen zu besetzen,** angeblich, um an Stelle einiger, den Drahtziehern mißliebiger politischer Minister „Fachminister" zu setzen. Indes, wenn man schon dazu übergeht, in die Rechte des Reichspräsidenten und der Nationalversammlung mit Maschinengewehren und Flammenwerfern einzugreifen, wird man sich natürlich nicht lange bei solchen Kleinigkeiten aufhalten. Das Ergebnis wäre **Sturz der Republik, Sprengung der Nationalversammlung, Einsetzung einer Militärregierung,** die sich auf einige Tausend Schwerbewaffneter stützt. In diesem Augenblick wäre dann der General Ludendorff in strahlende Erscheinung getreten, der sich bisher vorsichtig im Hintergrund hält.

Jetzt, da der Plan aufgedeckt ist, muß man mit der Möglichkeit rechnen, daß die schwerst Kompromittierten noch einen verzweifelten Versuch machen werden, der drohenden Strafe zu entgehen, indem sie die ihnen unterstellten Truppenteile zur Meuterei auffordern. Kommt es so weit, dann wird es hart auf hart gehen, es wird Blut fließen, und es kann Augenblicke geben, in denen das Leben der Republik an einem Faden zu hängen scheint.

Das sind die ungünstigen Umstände. Stellen wir ihnen in aller Ruhe die günstigen entgegen. Die Regierung glaubte dessen vollständig gewiß zu sein, daß die Reichswehr in ihrer übergroßen Mehrheit bereit ist, die gegenwärtig bestehenden verfassungsmäßigen Zustände **mit der Waffe in der Hand** gegen alle gewaltsamen Angriffe zu verteidigen. Würde diese Hoffnung trügen, dann wäre **für die Masse der Arbeiterschaft** die Zeit gekommen, ihr Gewicht in die Wagschale der Entscheidung zu werfen. Sie müßte dann mit der Waffe **der Arbeitsverweigerung** nach bestimmtem Plan der gegenrevolutionären Gewaltregierung das Regieren unmöglich machen und überhaupt alle zweckdienlichen Mittel ergreifen, um nach einem kurzem Zwischenspiel **Demokratie und Republik** wieder in ihre vollen Rechte einzusetzen.

Das Vertrauen in die Kraft der Arbeiterschaft und in ihr reifes politisches Urteil, das sich durch keine Einflüsterungen verwirren lassen wird, ist heute die stärkste Stütze der Republik.

„Res venit ad triarios" (Die Sache kommt an die Männer der dritten Schlachtreihe), hieß es bei den alten Römern, wenn es in gefährlicher Lage eine siegreiche Entscheidung zu erzielen galt. Die Tirarier sind heute die Arbeiter, sie müssen sich bereit halten, um einzugreifen, wenn es notwendig wird. Kopfloses Draufgehen würde aber nur Verwirrung bringen und der Sache der Gegenrevolution zum Siege verhelfen. Dazu wird sich kein denkender Arbeiter hergeben.

Es gilt also, Nerven zu behalten und kalten Blutes die weitere Entwicklung abzuwarten. Bis jetzt besteht eine übergroße Wahrscheinlichkeit dafür, daß die reaktionäre Verschwörung im Licht des Tages, an das sie gezogen ist, **in nichts zerrinnen** wird. Schon jetzt wirkt auf die noch denkfähigen Elemente der Rechten stark die Erwägung, daß sie doch nicht imstande wären, sich mit Waffengewalt gegen den geschlossenen Willen der Arbeiterschaft durchzusetzen. Ihre Hoffnung setzen sie allein auf die unselige Zersplitterung der Arbeiterschaft und auf die Spekulation, daß ein Putschversuch von links ihren eigenen Putsch zum Erfolg führen könnte. Wird diese Hoffnung zuschanden, dann ist das gegenrevolutionäre Spiel schon zu drei Vierteln verloren.

Die Regierung weiß, daß es um Sein und Nichtsein der Republik geht, und sie ist entschlossen, alle Mittel, die ihr zur Verfügung stehen, im Kampf gegen das reaktionäre Verschwörertum einzusetzen. Noske hat immer wieder, trotz aller Warnungen, an dem Glauben festgehalten, daß eine ernste Gefahr von rechts nicht besteht und daß er der Reichswehr unbedingt sicher sein kann. Er weiß, was für ihn und für alles davon abhängt, daß er mit diesem Vertrauen jetzt recht behält. Selten hat auf den Schultern eines Mannes eine solche Verantwortung gelegen wie auf den seinen! Und hätte er sich in seinem Vertrauen getäuscht, würde sich die von ihm geschaffene militärische Organisation zum Schutz der Republik vereidigt ist und der das Volk im Vertrauen Volk und Geschichte als ein Mann dastehen, der alles verloren hat.

Geht die Gefahr diesmal vorüber, so wird die Regierung einsehen müssen, daß die Warnungen, die nicht zuletzt aus den Spalten des „Vorwärts" an ihre Adresse gerichtet wurden, nur zu berechtigt waren. **Denn so weit, wie es diesmal gekommen ist, durfte es nicht kommen und darf es nicht wieder kommen!** Es darf nicht noch einmal geschehen, daß die Truppe, die auf den Schutz der Republik vereidigt ist und der das Volk im Vertrauen auf ihren Soldateneid Waffen in die Hände gegeben hat, zum Brandherd einer gefährlichen Verschwörung wird. Dieser Herd muß mit rücksichtsloser Energie ausgetilgt werden bis aufs letzte. Es gibt in Deutschland genug überzeugte Republikaner, um aus ihnen, bis zu den obersten Stellen hinauf, eine zuverlässige Armee zu bilden, genug um alle verdächtigen Elemente auch in der Beamtenschaft durch unverdächtige zu ersetzen. Anständigen Elementen soll kein Haar gekrümmt werden. Aber Leute, die der Republik mit ihrem Kopf oder mit ihrer Waffe zu dienen vorgeben, um sie hinterrücks zu verraten, Leute, die des Gehalts wegen einen Eid leisten, um ihn bei der ersten Gelegenheit zu brechen, solche Leute sind einfach **Schurken** und müssen als solche behandelt werden.

Die Organe der **Deutschnationalen Volkspartei** rücken mit einem hörbaren Ruck von den Verschwörern ab, die daraus ersehen können, daß es um ihre Sache schlecht bestellt ist. Denn hätten sie Erfolg, dann würden dieselben Organe jubeln. Es ist wahrscheinlich, daß ein großer Teil von ihnen es heute wirklich mit der Angst zu tun bekommen hat über die Dinge, die sie anrichteten. Denn daß sie durch ihre tolle Hetze gegen die Republick die geistigen Inspiratoren eines **gegenrevolutionären Aufstandplans** geworden sind, darüber kann kein Zweifel bestehen, zum Beweise dafür ist überreichliches Material vorhanden. Unter ihrer Führung hat das Volk fast alles verloren, was es besessen hat, jetzt sind sie daran, auch noch **das allerletzte,** das ihm geblieben ist, in einem verbrecherischen Spiel zu verspielen. Sie haben alles dazu getan, um aus Deutschland **ein zweites Ungarn** zu machen. Mit ihnen gibt es kein Paktieren, sondern **nur Kampf!**

Mögen die Arbeiter zeigen daß der falsch spekuliert, der in entscheidenden Augenblicken auf ihre **Uneinigkeit** spekuliert. Die Arbeiter müssen sich darüber klar sein, daß es jetzt nur ein Ziel gibt: die Republik vor gewalttätigen Anschlägen von rechts zu schützen. Wer glaubt, die Gelegenheit wahrnehmen zu können, um seine Sonderabsichten durchzusetzen, befindet sich in einem Irrtum, der für die Sache der Arbeiterschaft lebensgefährlich werden kann. Nur ein Wille muß alle Nerven spannen, nur ein Schrei muß aus den Reihen der arbeitenden Massen den uniformierten Verschwörern und Eidbrechern entgegentönen:

Hände weg von der Republik!

Die Schweiz und die Revolution in Deutschland.

Von A. Stirner.

** Einige Tage nach der Besetzung Korfus durch die mussolinischen Truppen erteilte der Außenminister der schweizerischen Eidgenossenschaft, Herr Motta, dem Korrespondenten der römischen „Tribuna" ein Interview, in dem er unter anderen Komplimenten an das schöne Italien folgende Worte sagte: „Der Faschismus hat die Disziplin und den sozialen Frieden wieder hergestellt. Diese Tatsache wird in der Schweiz mit Sympathie aufgenommen."

Vier Monate nach dem Lausanner Mord an Worowsky hält es Herr Motta für notwendig, darin zu erinnern, daß man in der Schweiz für den Faschismus „Sympathien" habe. Was bedeutet das? Während die „Neue Züricher Zeitung", das führende Organ der schweizerischen Bourgeoisie, die Sache mit einer kurzen Notiz erledigt, dafür aber eine systematische Kommunistenhetze betreibt, verfällt das Zentralblatt der schweizerischen Sozialdemokraten, die „Berner Tagwacht", in wilde Krämpfe und beginnt gegen den „Kotau des Herrn Motta vor Herrn Mussolini" zu schreien.

Es ist interessant, die Ursache dieser Anfälle zu beleuchten. Die „Berner Tagwacht" sagt: „Her Motta hat ein schwaches Gedächtnis", und sie will damit die Tatsache verwischen, daß hinter der Erklärung des Außenministers ein absolut klarer und gar nicht gedächtnisschwacher Sinn liegt. Als unsere Genossen von der Kommunistischen Partei die faschistischen Vorbereitungen der „Kreuzwehr" und anderer ähnlicher „Vaterländischer

Vereinigungen" aufdeckten und die Arbeiterschaft zur Ergreifung von Abwehrmaßregeln aufforderten, zeterte der Sozialdemokrat Robert Grimm über die Hetzereien der „Moskowiter". Jetzt bestätigen die Worte des Herrn Motta mit erfrischender Aufrichtigkeit die Existenz des schweizerischen Faschismus; es ist leicht verständlich, wenn nun Herr Grimm über „eine solche Politik" Anfälle bekommt.

Aber es ist natürlich kein Zufall, daß der Außenminister der „ältesten Demokratie" gerade jetzt mit der Wahrheit herausrückt. Man lese die letzten Nummern der „Neuen Züricher Zeitung", und man wird konstatieren, daß die schweizerischen Käse-, Schokoladen- und Seidenband-Millionäre die deutsche Revolution riechen. In nächster Nähe der Schweizer Grenze, in Baden, hat der offene Kampf zwischen den verhungernden Arbeitern und der Schupo begonnen. Die Schweizer Kapitalisten bekommen es mit der Angst und der Kotau des Herrn Motta ist ihre Erklärung, daß sie bereit sind, mit der französischen, italienischen und bayerischen Reaktion Seite an Seite gegen das deutsche Proletariat zu marschieren. Von der Schweiz aus kann man ohne viel Gefahr den in Süddeutschland kämpfenden Arbeitern in den Rücken fallen, und sollte sich das Ruhrproletariat einer Vereinigung der französischen Okkupationstruppen mit den bayerischen Weißgardisten widersetzen, so können sicher und schnell Verstärkungen durch die Schweiz nach München transportiert werden.

Der kommende Krieg ist der kommende Bürgerkrieg. Die schweizerische Bourgeoisie hat das begriffen und es ist notwendig, daß es auch die schweizerische Arbeiterschaft begreift.

Politik

Der Kampf der Arbeiter und Bauern Bulgariens.

** Der schwere Kampf der Arbeiter und Bauern Bulgariens gegen die Faschistenregierung Zankow dauert fort. Die Regierung beherrscht immer noch den Telegraphendienst in Sofia, so daß sie in der Lage ist, durch tendenziöse Meldungen die internationale Oeffentlichkeit zu täuschen. Wir bringen im folgenden einige Meldungen der bürgerlichen englischen Presse über die bulgarischen Ereignisse, die natürlich auch der Regierungszensur unterlagen, aber doch einigermaßen eine Vorstellung von der Natur der bulgarischen Kämpfe geben.

Der Korrespondent der „Times" in Sofia meldet seinem Blatt am 24. September: „Die agrarisch-kommunistische Bewegung hat sich nach Westbulgarien ausgebreitet, mit der Neigung, auch nach Nordbulgarien überzugreifen, aber mit nicht mehr Erfolg, als die Bewegung im Süden hatte. Eine größere Gruppe von Aufständischen besetzte die kleine Stadt Ichtiman in den Bergen zwischen Philippopel und Sofia und tötete dort den Bürgermeister. In der folgenden Nacht wurden die Rebellen mit schweren Verlusten von den Truppen geschlagen. In derselben Nacht besetzten vier Banden der Rebellen, zusammen mehrere Hundert Mann stark, die wichtige Eisenbahnstation Boitschinowitzi. Sie wurden aber wieder vertrieben. Eine Abteilung von 400 Kommunisten und Agrariern versuchte erfolglos in die Stadt Burgas einzudringen. Ein ähnlicher Angriff gegen die Industriestadt Sliven war ebenfalls erfolglos. Gestern abend wurde der aus Konstantinopel kommende Zug an der Station Kostenetz drei Stunden von Sofia von einer Kommunistenbande angehalten und durchsucht. Ein Offizier und ein Gendarm, die sich weigerten, ihre Waffen abzugeben, wurden getötet. Die Kommunisten wurden zerstreut."

Man hat den Eindruck, daß die ständige Betonung, daß alle Unternehmungen der Aufständischen scheitern, von dem Regierungszensor stammt. Deutlich ist, daß unsere bulgarischen Genossen zusammen mit den aufständischen Bauern einen Banden- und Kleinkrieg führen, der natürlich keine großen Feldschlachten in sich schließt, aber zur Zermürbung der gegnerischen Macht beiträgt.

Am selben Tag (24. September) sandte der „Times"-Korrespondent seinem Blatt noch eine weitere Meldung, in der es unter anderem heißt: „Da die Kommunisten die Telegraphen- und Telephondrähte am Zentralpostamt in Sofia zerschnitten, beschloß die Regierung, Eisenbahnen, Telegraphen und Telephon dem Militär zu unterstellen. In der letzten Nacht griffen die Kommunisten an der Linie Sofia-Philippopel zwei Bahnstationen an, sie wurden aber zurückgeschlagen."

Am 22. September teilte der „Times"-Korrespondent seinem Blatt mit: „Der Justizminister Smilow weigerte sich, gemäß der Aufforderung des Ministerpräsidenten, von seinem Posten zurückzutreten. Er erklärte, daß Zankow nicht befugt sei, Veränderungen im Kabinett vorzunehmen. Daraufhin trat die ganze Regierung zurück. König Boris forderte Zankow auf, sein Amt wieder zu übernehmen. Das Kabinett wurde so wie bisher neu gebildet. Nur hat der Minister für öffentliche Arbeiten, Stonjanschew, provisorisch auch das Justizministerium übernommen, und zwar bis zu den Neuwahlen, die am 11. November stattfinden sollen. In Sofia wurde ein ehemaliger Offizier, Major Wankow, unter der Anschuldigung verhaftet, daß er der Hauptorganisator der kommunistischen Streitkräfte in Bulgarien sei."

Ein Wiener Telegramm des „Manchester Guardian" bemerkt dazu, daß der Rücktritt Smilows einen Sieg der gemäßigten Richtung im Kabinett und eine Niederlage der Militaristen darstelle. Der Rücktritt dieses Reaktionärs sei vor allem durch den sozialistischen Minister Kazasow durchgesetzt worden. Diese „Heldentat" der bulgarischen Sozialdemokratie dürfte in Wirklichkeit an dem Charakter der Zankow-Regierung nicht viel ändern. Aber immerhin läßt die Uneinigkeit innerhalb der Regierung auf wachsende Schwierigkeiten schließen.

Am 25. September meldete der Wiener Korrespondent des „Manchester Guardian": „Die neuesten kommunistischen Unruhen in Bulgarien, die als Revolution dargestellt werden, sind die Folgen eines unerhörten weißen Terrors. Vor einigen Wochen gewann der militaristische Flügel der bulgarischen Regierung unter Führung des Generals Lazarow, die Oberhand im Kabinett und begann eine energische Verfolgung aller Kommunisten. Diese Verfolgung nahm bald den Charakter des schlimmsten weißen Terrors an. Die Kommunisten, die wußten, was ihnen drohte, leisteten Widerstand. Die Bauern sind im ganzen Lande über den Terror erbittert. In Bulgarien ist noch keine Revolution. Aber der Terror muß eine solche in einem Land hervorrufen, wo 90 Prozent der Bevölkerung Gegner der Regierung sind."

In einem Artikel der „Times" am 26. September über die Vorgänge in Bulgarien heißt es: „Indem die Agrarier seiner Zeit die Führer und Anhänger der Oppositionsparteien verfolgten, glaubten sie damit die Opposition vernichten zu können. In Wirklichkeit haben sie die Opposition nur gestärkt. Es ist zu befürchten, daß die Haltung des jetzt regierenden Militärs auch nur die Agrarier und Kommunisten stärken wird, die sie zu vernichten hoffen. Dies ist um so mehr zu befürchten, als die Behörden desorganisiert sind, und die Massen die Schwäche der Regierung fühlen."

Aus Sowjetrußland

Die Moskauer landwirtschaftliche Ausstellung.

Von Ludwig Magyar.

VII.

Das alte und das neue Dorf.

Moskau, 1. Oktober 1923.

** Die Ausstellung dient auch Agitationszwecken. Gestern hat zum Beispiel vor den Besuchern der Ausstellung eine Diskussion über die alte und die neue Hütte stattgefunden. Aerzte, Ingenieure haben über die alte und neue Hütte gesprochen, und die alte Hütte ist zum Tode verurteilt worden. Es wurde bewiesen, daß die enge, finstere alte Hütte gesundheitsschädlich ist, viel Heizmaterial erfordert, sehr feuergefährlich und nicht dauerhaft ist. Dan wurden alle Vorzüge der neuen Hütte erklärt. Sie ist billiger, gesunder, dauerhafter und nicht so feuergefährlich. Die Bauern hörten der Diskussion aufmerksam zu, und weil der anschauliche Unterricht die beste Lehrmethode ist, besichtigten sie sofort die alte Hütte, die ihnen gut bekannt ist und die neue Hütte, die erst bekannt werden muß. Die Abstimmung entschied zugunsten der neuen Hütte.

Die Sache bedeutet auf den ersten Blick eine Kleinigkeit. In Wirklichkeit aber ist sie eine der wichtigsten Fragen der Volksgesundheit. Ungefähr neunzig, hundert Millionen Dorfbewohner leben noch in den alten, traditionellen Holzhäusern, die hier „Isba", Hütte, genannt werden. Diese „Isba" sind unglaublich eng, feucht, ungesund und haben unbeschreibliche Schäden mit sich gebracht. Nur eine verbrecherische Regierung, wie die zaristische, nur verbrecherisch herrschende Klassen, wie die der russischen Großgrundbesitzer und Großbourgeoisie konnten es jahrzehntelang dulden, daß Millionen und aber Millionen von Bauern in diesen engen, feuchten, ungesunden, finsteren „Isba"-Kerkern schmachteten. Das Wohnungswesen in den Dörfern muß revolutioniert werden. In der Ausstellung geschieht dies durch anschaulichen Unterricht. Große Kreise von Bauern werden den neuen „Isba"-Typus besichtigen. Weil die neue Hütte praktisch, gesund und noch dazu billig ist, werden sie in den russischen Dörfern die Idee eines besseren Wohnungswesen propagieren.

Das alte Dorf kämpft noch gegen das neue; aber es unterliegt keinem Zweifel, daß das neue Dorf siegreich aus diesem Kampf hervorgehen wird. Die Schöpferkraft der Massen, diese instinktive, elementare Kraft, wird dem neuen Dorf zum Siege verhelfen. . . .

Die Gewerkschaft der Schneiderarbeiter hat die Besucher der Ausstellung mit einem Theaterstück überrascht, das ebenfalls

diese Frage behandelt. Der Verfasser des Stückes ist ein Arbeiter; für die Regie und Ausstattung sorgten die Arbeiter selbst, und auch die Schauspieler waren Arbeiter.

Im alten Dorfe herrschen Trunkenheit, Rückständigkeit, geistige Finsternis, und in dieser verwilderten, halbbarbarischen Umgebung kommt auch die Fröhlichkeit des Volkes fast nur in groben, oft blutigen Raufereien zum Ausdruck. Der Pope ist der geistige Führer des Volkes, und in der Armut und Verelendung gibt der „Samogonka", der Branntwein, die einzige Unterhaltung der Dorfbewohner ab. Draußen tobt der Krieg . . . Dann kehren aber Soldaten von der Front zurück; Arbeiter kommen aus der Stadt und erzählen wundervolle Dinge darüber, was in den Städten los ist. Dort gibt es keine Generale, keine Großgrundbesitzer, keine reichen Bankiers mehr, die Arbeiter verwalten die Betriebe, die Arbeiter verwalten das Land; dort, in den Städten, gibt es keinen Wodka, keinen Branntwein mehr; die Wirtshäuser sind leer, während die Arbeiterklubs voll sind und selten sieht man einen Betrunkenen auf den Straßen der Städte. Es gibt noch kein Eldorado, aber die Arbeiter haben wenigstens schon angefangen, sich ein neues, reineres, fröhlicheres Leben zu schaffen. Die Soldaten und Arbeiter rufen die Bauern auf, sich auch ein reineres, besseres Leben zu schaffen. Ein Teil der Bauern lacht, macht grobe, höhnische Bemerkungen, schimpft und droht; ein anderer Teil wird nachdenklich und ein weiterer Teil erklärt: „Wir müssen die Sache auch erproben." Die Probe wird gemacht. Im dritten Akt sehen wir schon die Anfänge des neuen Lebens, die ersten Resultate und Erfolge der vielen Anstrengungen: das neue Dorf. Die Straßen sind rein, die Hütten gesunder, die Bauern fröhlicher, das Wirtshaus ist leer, die „Isba-Tschitalnja", die Hütte-Lesehalle füllt sich. Die alten Bauern brummen noch, schimpfen ein wenig auf das neue Dorf; die Jungen aber sind heiter und zufrieden. Das neue Dorf besiegte das alte Dorf.

Dies ist der Inhalt des Theaterstückes. Einige Tausend Bauern haben das Stück gesehen, applaudierten begeistert und sind Anhänger des neuen Dorfes geworden, worin der Hauptzweck des Theaterstückes liegt. Nur mit dem neuen Dorfe kann und wird der Zusammenschluß der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft verwirklicht werden.

Hier sehen wir auch den Zusammenschluß der verschiedenen Völker unserer großen Sowjetföderation vor sich gehen. Wer die Volkskunde Rußlands und Asiens studieren will, findet hierzu in der Ausstellung die beste Gelegenheit. Alle Nationalitäten, alle Völker der Sowjetföderation sind vertreten. Nicht nur, daß die Ukraine, Georgien, die Krim, Armenien, Weißrußland, die Tatarische Republik, Turkestan, Aserbeidschan, Abchasien, Kirgisien ihre eigenen Pavillons haben, wodurch sich jeder ein klares, vollständiges Bild über Kultur, Landwirtschaft, Produktion und Volksaufklärung dieser Länder bilden kann; daß weiterhin in diesen Pavillons der Tabak und die Früchte der Krim, die Wolle Turkestans, die Traube Georgiens, die Volkskunst und Volkstracht Kirgisiens und der Tatarischen Republik, die wunderschönen Produkte der Hausindustrie des Fernen Ostens ausgestellt sind und daß auch kaukasische Restaurants, turkestanische Wirtshäuser, östliche Kaffeehäuser nebst Moskauer Konditoreien am Moskau-Ufer eingerichtet sind — es gibt auch ganze Hütten aus Kamschatka, aus dem Vogul- und Ostjakengebiet, aus den Provinzen der Samojeden mit Einrichtung, sämtlichem Hausgerät und Bewohnern aus den betreffenden Gebieten. Die verschiedensten Völker der Sowjetföderation haben so Gelegenheit, sich hier unmittelbar kennen zu lernen. Hier, an dem Moskau-Ufer, haben sich zwei Weltteile ein Zusammentreffen gegeben. Die Ausstellung ist eigentlich eine internationale Stadt, in der die Vertreter von etwa sechzig oder siebzig Nationalitäten friedlich zusammenleben. Aus Anlaß der Ausstellung soll ein Fest der Völker veranstaltet werden, das den tiefsten Sinn der russischen Revolution — die internationale Solidarität aller Werktätigen — zu sichtbarem Ausdruck bringen wird. Dieses Fest, das alle Völker, alle Nationalitäten der Sowjetföderation im Gefühl der brüderlichen Solidarität vereinigen wird, spielt sich eigentlich schon tagtäglich ab, ohne offiziell gefeiert zu werden. Am letzten Sonntag überstieg die Zahl der Besucher hunderttausend. Unter den Besuchern und Besichtigten waren alle Völker vertreten, die in der Sowjetföderation leben und schaffen.

Die Ausstellung ist darum auch das Symbol des Zusammenschlusses der Völker.

Wurde schon kürzlich im Zusammenhang mit der landwirtschaftlichen Ausstellung darauf hingewiesen, daß sich gerade hier offenbart, welche Möglichkeiten in Rußland bis heute unentdeckt schlummern und zu einem großen Teil durch diese Ausstellung zutage treten — mit anderen Worten: daß Rußland erst entdeckt werden muß —, so wird die Bedeutung dieses Satzes durch folgende Tatsache noch klarer. Genosse Sossnowsky hat einen Arbeiter gefunden, der seit zweiundzwanzig Jahren zwanzig sehr wichtige, wertvolle Erfindungen machte, und der seine Erfindungen nicht verwerten konnte. Jetzt hat dieser Arbeiter — er heißt Nowoschenko — seine Erfindungen im Pavillon des Volkskommissariats für Verkehrswesen ausgestellt. Jetzt wurde also auch dieser Erfinder entdeckt. Ingenieure — ernste, verläßliche Sachverständige — behaupten, daß diese Erfindungen in gewisser Hinsicht bahnbrechend sind. Welche Kräfte, welche Möglichkeiten und Talente schlummern im Schoße der Massen!

Wirtschaft

Die Russisch-Persische Bank.

Von L. Perlin (Moskau).

** Im September d. J. wurde in Teheran die Russisch-Persische Bank eröffnet. Damit nahm eine neue, fruchtbarere Phase der russischen Wirtschaftstätigkeit in Persien ihren Anfang. Die Eröffnung der Bank stellt zweifelsohne eine Befestigung unserer wirtschaftlichen Grundlage in diesem mit uns durch enge kommerzielle Bande verknüpften Lande dar; andererseits bedeutet sie die Erfüllung der Wünsche der persischen Kaufmannschaft, die bisher wirtschaftlich von dem Monopol einer englischen Bank, der Bank von Schachinschach, abhängig war.

Der Handel zwischen Sowjetrußland und Persien, der nach einer langen Unterbrechung wieder aufgenommen wurde und der im persischen Wirtschaftsleben eine so große Rolle spielt, hätte sich ohne eine feste Kreditgrundlage nicht erfolgreich entwickeln können. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß vor dem Kriege ungefähr 60 Prozent des ganzen persischen Außenhandels auf Rußland entfielen.

Die zaristische Regierung verkannte die große Rolle, die eine Bank für die wirtschaftlichen Pläne Rußlands in Persien spielen konnte, nicht. Die „Diskont- und Kreditbank" hatte in Wirklichkeit die Funktion einer Staatsbank des Persischen Schahs, obwohl sie gleichzeitig alle Konzessionen der zaristischen Regierung finanzierte. Die imperialistische Politik des Zarismus, die an der Schaffung wirtschaftlicher Stützpunkte zu rein strategischen Zwecken interessiert war, mußte der Diskont- und Kreditbank ihre eigene Politik aufzwingen, die sehr oft von dem Prinzip der kommerziellen Zweckmäßigkeit abwich. Die breitangelegte Kreditgewährung, oft bewußt ohne reale Garantie, führte dazu, daß die Operationen der Diskont- und Kreditbank von Jahr zu Jahr mit größeren Verlusten endeten. Die spekulative Tätigkeit nahm ihr alle Möglichkeiten, die sie in diesem Lande des Rohmaterialmarktes und des Produktenabsatzmarktes der russischen Industrie hätte ausnützen können.

Auf Grund eines Vertrages überließ die Sowjetregierung die Diskont- und Kreditbank im Jahre 1921 dem persischen Volk. Die wiederaufgenommenen Handelsbeziehungen forderten aber die Schaffung eines eigenen Bankapparates in Persien. Das Abflauen der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Persien und Rußland während des Krieges und der Revolution machte sich England zunutze, indem es nicht nur den ganzen Handel mit Persien, sondern auch die Kontrolle über das Wirtschafts- und Finanzleben dieses Landes an sich riß. Ihre Vorzugsstellung benutzte die Bank von Schachinschach dazu, um einerseits die Finanzkontrolle über die persische Regierung immer mehr an sich zu reißen, und andererseits den Valutenvorrat des Landes systematisch auszuplündern. Am schwersten wurde die persische Wirtschaft dadurch belastet, daß die Engländer in Persien zwar das Einfuhrmonopol innehatten, aber außer Edelmetallen und Teppichen fast gar nichts ausführten. Das führte zu einer scharfen Kredit- und Valutenkrise, wodurch sich Persien vor der Gefahr eines finanziellen Bankerotts befand. Diese Politik aber stieß auf den stärksten Widerstand der Handelskammern aller persischen Städte. Die Kaufmannschaft entfaltete eine breit angelegte Agitation gegen die Wirtschaftspolitik der Engländer und forderte energisch ein Ausfuhrverbot für Silber. Für den Fall der Nichtbefriedigung ihrer Forderung drohte sie mit dem Schließen des Bazars, dieser im Osten stärksten Protestmaßregel. Dieses energische Auftreten zwang das Parlament und das anglophile Kabinett von Kawam-El-Saltan, jede Ausfuhr von Edelmetallen gesetzlich zu verbieten.

Dadurch war aber die Frage eines Kreditorgans, daß der Bank von Schachinschach das Monopol streitbar machen würde, noch nicht gelöst. Daher war die Gründung der Russisch-Persischen Bank eine höchst zeitgemäße Maßnahme, die geeignet ist, die allseitige Entwicklung dieses rückständigen Landes zu fördern und ihm Mittel, technische Erfahrung und qualifizierte Kräfte zuzuführen, und zwar nicht in jener schonungslos ausbeuterischen Form, die ein westeuropäischer oder amerikanischer Imperialismus dem persischen Lande bei seiner heutigen politischen Machtlosigkeit aufzwingen würde, sondern — wie es die wirtschaftlichen Ereignisse der letzten Zeit beweisen — in der Form einer immer freundlicheren Verbindung zwischen dem russischen und persischen Volk.

Arbeiterbewegung

Die russischen Gewerkschaften an die Amsterdamer.

Für eine Kampffront des internationalen Proletariats!

** Aus zwei Schreiben russischer Gewerkschaften an die unten angeführten Adressen geben wir nachfolgend einige besonders wichtige Stellen wieder:

An das Vollzugsbüro der Internationalen Föderation der Transportarbeiter.

Werte Genossen!

Seit der Annahme der auf der Berliner Konferenz der Transportarbeiter gefaßten Resolutionen über die Schaffung einer Einheitsfront für die gemeinsame Bekämpfung der Offensive des Kapitals, des Faschismus und der Kriegsgefahr hat sich die wirtschaftliche und politische Lage in den kapitalistischen Ländern noch mehr verschlechtert. Die Offensive des Kapitals und des Imperialismus verstärkt sich immer mehr und verwandelt die schon ohnehin zerstörte Wirtschaft in ein Chaos. Sie bringt für Millionen von Proletariern direkt die Gefahr des Hungertodes mit sich. Die langandauernde Besetzung des Ruhrgebietes verschärfte die sozialen Widersprüche noch mehr. Der Kampf zwischen England und Frankreich spitzt sich zu. Durch die äußerste Verschärfung der Klassengegensätze in Deutschland steht das deutsche Proletariat unmittelbar vor neuen Kämpfen. Die Faschistenbewegung hat in den letzten Monaten eine bedeutende Ausdehnung gewonnen.

In diesem Augenblick, der die größten Gefahren für Millionen von Proletariern in sich birgt, ist die Einheit und der **Zusammenschluß aller Gewerkschaften** nicht mehr eine Angelegenheit abstrakter Solidarität, sondern eine Lebensfrage für die gesamte Arbeiterklasse.

Das Transportarbeiterproletariat ist der wichtigste Kampftrupp der gesamten internationalen Arbeiterbewegung. Seine Einheit ist im gegenwärtigen Zeitpunkt notwendiger als je zuvor. Noch nie zuvor trat der internationale Charakter des Klassenkampfes mit solcher Deutlichkeit zutage. Noch nie zuvor war eine Verbindung zwischen den einzelnen Gruppen des Proletariats eine solch dringende Lebensfrage, wie gerade jetzt. Bei der Schaffung dieser Verbindung spielt das Transportarbeiterproletariat eine entscheidende Rolle. Die internationale Einheitsfront der Transportarbeiter ist imstande, sämtliche Kräfte der Arbeiterklasse zu vereinigen. Deshalb fordert die gesamte gegenwärtige wirtschaftliche und politische Lage der Arbeiterklasse dringend die Schaffung **eines Aktionskomitees** und die **Einberufung eines Weltkongresses sämtlicher Transportarbeiter-Organisationen** auf der Grundlage der Berliner Beschlüsse.

Die breiten Transportarbeitermassen Sowjetrußlands haben die Resolutionen der Berliner Beratung mit großem Enthusiasmus aufgenommen. Unsere Verbandsorgane führen große Summen an den Internationalen Fonds ab, der — entsprechend der Resolution der Berliner Konferenz — der Bekämpfung des Faschismus und der Reaktion dienen soll. Durch Vermittlung des Internationalen Propagandakomitees der Transportarbeiter ist es uns gelungen, zugunsten der Schaffung einer Einheitsfront auch in anderen Ländern eine Kampagne unter den dem IPKT. angeschlossenen Transportarbeiterverbänden durchzuführen.

Aus der Presse erfuhren wir von der Sitzung des Vollzugsbüros der Internationalen Föderation der Transportarbeiter und von seiner Stellungnahme gegenüber der Berliner Konferenz. Klare und bestimmte Antworten auf die auf der Berliner Konferenz berührten Fragen haben wir Teilnehmer dieser Konferenz jedoch nicht erhalten und finden solche Antworten auch in den vom Vollzugsbüro der IFT. veröffentlichten Beschlüssen nicht.

In Anbetracht dessen, daß eine weitere Verzögerung der Entscheidung in der Frage der Herstellung der Einheitsfront verhängnisvolle Folgen für die Arbeiterklasse haben kann, wenden wir uns mit dem vorliegenden Schreiben an Euch und ersuchen Euch, uns Eure Stellungnahme sowohl zu den Resolutionen der Berliner Konferenz im ganzen, als auch besonders zu den Vorarbeiten für die Einberufung eines Weltkongresses der Transportarbeiter, der entsprechend den Berliner Resolutionen noch in diesem Herbst stattfinden soll, darzulegen.

Mit internationalem kameradschaftlichen Gruß

Vorsitzender des Zentralkomitees des Allrussischen Verbandes der Eisenbahner: gez. Andrejew.
Vorsitzender des Zentralkomitees des Allrussischen Verbandes der Wasser-Transportarbeiter: gez. Atschkanow.
Vorsitzender des Zentralkomitees des Allrussischen Verbandes der Arbeiter des Lokalverkehrs: gez. Sadowsky.

An die Führer der Amsterdamer Berufs-Internationalen.

Helft der deutschen Revolution!

** Im Mai d. J. hat sich die Konferenz der Transportarbeiter-Internationale und der Allrussischen Eisenbahner-, Transport- und Seeleute-Verbände mit einem Aufruf an die Arbeiter aller Länder gewandt, in dem auf die große Gefahr hingewiesen wurde, die die wachsende Reaktion für die Arbeiterklasse mit sich bringt. Auf dieser Konferenz sind die russischen Gewerkschaften im Namen aller auf dem Boden der RGI. stehenden Transportarbeiter-Organisationen aufgetreten. Es wurde damals auch beschlossen, ein Internationales Aktionskomitee zum Kampfe mit allen den Seeleuten und den Eisenbahnern zur Verfügung stehenden Mitteln gegen die Gefahr der imperialistischen Kriege und des Faschismus zu schaffen.

Im Mai, einige Tage vor der Transportarbeiter-Konferenz, hat in Friedrichshafen eine Besprechung der Vertreter des Allrussischen Metallarbeiter-Verbandes mit den Mitgliedern des Exekutiv-Büros der Berner Metallarbeiter-Internationale stattgefunden, auf der beschlossen wurde, daß, falls die Berliner Transportarbeiter-Konferenz irgendwelche positiven Resolutionen über die Einheitsfront im Kampfe gegen die Reaktion fassen wird, diese zwecks Besprechung den an die Internationale angeschlossenen Landesverbänden der Metallarbeiter vorgelegt werden würden. Die Amsterdamer haben sich gegenüber der Schaffung des Aktionskomitees sowie überhaupt gegenüber der Durchführung der Aufgaben, die diese Aktionskomitees erfüllen sollen, ablehnend verhalten. Sie hatten allerlei Scheingründe für ihr Verhalten ausgeklügelt.

Wir haben nicht die Absicht, den Streit über die Sprengung der Beschlüsse der Berliner Transportarbeiter-Konferenz aufzuwärmen. Die politischen Ereignisse in der ganzen Welt und besonders in Deutschland haben sich so zugespitzt, daß die Klassenorganisationen des Proletariats gegenwärtig eine leere Polemik nicht im Sinne haben können. Wir müssen handeln!

Nehmen wir an, daß den Amsterdamern unsere Maiforderungen zu wenig aktuell erschienen. Damals standen „nur" die Curzonsche Note an die Sowjet-Regierung und der hoffnungslos verwickelte Ruhr-Knoten im Mittelpunkt der politischen Ereignisse Europas. Es war vielleicht zu wenig, um die Amsterdamer Internationale und ihre Berufs-Sekretariate zum aktiven Eingreifen für Millionen von europäischen Arbeitern zu bewegen.

Wie ist jetzt die Lage in Europa?

Am Adriatischen Meere sind die Vorzeichen eines neuen imperialistischen Gemetzels aufgetaucht. In Bulgarien läßt die Regierung Zankow die Bauern und Arbeiter, die sich gegen die Militär-Diktatur auflehnten, zur Ader. In Spanien richtet General Primo de Rivera eine Militärdiktatur auf, deren erste Schritte die „Ordnung" der militärischen Aktion in Marokko und die Verfolgungen der revolutionären Arbeiter sind. Und in Deutschland? General Ludendorff rüstet zum Marsche aus Bayern, dem Horte der deutschen Reaktion, gen Norden, um mit den Bajonetten und Fäusten seiner Knappen die „Ordnung" im Deutschen Reiche herzustellen. Die deutschen Faschisten predigen offen den Bürgerkrieg und erklären, daß sie die aufständischen Proletarier mit Feuer und Schwert auf die Knie zwingen werden. Die große deutsche Koalition der Sozialdemokraten kracht in allen Fugen. Dieser letzte Versuch, den goldenen Mittelweg zwischen den zwei Klassen zu finden, die im entscheidenden Kampfe stehen, schaut seinem traurigen Ende entgegen. Die Konzessionen der deutschen Regierung haben Poincaré nicht beschwichtigt. Die Arbeiter Deutschlands müssen sich verteidigen. Sie müssen die weißgardistische Reaktion **niederzwingen,** sonst werden sie besiegt. Sie müssen sich gegen den Räuber der dritten Republik wehren, denn er bringt ihnen Hunger und Elend.

Wer wird das deutsche Proletariat unterstützen?

Die Arbeiter aller Länder. Wir zweifeln nicht, daß 90 Prozent des gesamten Weltproletariats bereit sind, den deutschen Arbeitern zu Hilfe zu eilen. Die Amsterdamer Internationale hat heute in ihren Reihen die Mehrheit des gewerkschaftlich organisierten Proletariats. Die Arbeiter Frankreichs (zu einem Teil), die Arbeiter Belgiens, Englands usw. sind durch ihre leitenden gewerkschaftlichen Instanzen mit Amsterdam verbunden. Wenn es zu einer allgemeinen aktiven Hilfe für das deutsche Proletariat kommen soll, dann kann nicht allein das Vorhandensein von — und wenn auch der tiefsten — Sympathien, in der Arbeitermasse der Welt genügen; dazu ist nötig, daß die Amsterdamer Maschinerie anfängt zu arbeiten, und daß diese Bewegung nicht gegen die Interessen des Weltproletariats gerichtet, sondern für die Interessen des Weltproletariats eingestellt wird.

Natürlich sind wir uns klar darüber, daß die Mehrheit der Amsterdamer Führer die Revolution nicht will. Aber wenn sie doch kommen wird? Und sie naht, denn sie ist unvermeidbar. Für jeden sogar marxistisch kaum geschulten, denkenden Menschen ist es natürlich, daß sich der glühendste Wunsch

eines Revolutionärs nicht erfüllen kann, wenn die objektiven Voraussetzungen fehlen. Und umgekehrt, der größte Unwille Jimmy Thomas' und Leiparts kann die wachsende revolutionäre Bewegung nicht aufhalten.

Kann Amsterdam den gegenwärtigen Augenblick für eine sofortige Mobilisation der proletarischen Organisationen der Welt als ungeeignet erachten? Es scheint unwahrscheinlich, aber es ist dennoch möglich. Die bittere Erfahrung hat dem Proletariat das Staunen abgewöhnt, wenn die Führer des organisierten Proletariats im entscheidenden Augenblick an der Front fehlen.

Rechtfertigen sich auch diesmal unsere Befürchtungen, so werden die Opfer des deutschen Proletariats ungeheuer sein. Bis die Proletarier anderer Länder ihre Hilfe ohne die leitenden offiziellen Instanzen organisieren können, wird viel Zeit vergehen und viel Blut fließen.

Wir russischen Gewerkschafter, im vollen Bewußtsein der Bereitschaft des russischen Proletariats, der deutschen Arbeiterschaft beizustehen, halten es für notwendig, daß alle Berufsinternationalen dem deutschen Proletariat ohne Aufschub ihre Unterstützung und Hilfe versprechen. **Zu diesem Zwecke muß man eine Konferenz der Führer einzelner Berufsinternationalen mit den entsprechenden russischen und anderen revolutionären Verbänden einberufen. Auf dieser Konferenz müssen die praktischen Fragen der internationalen Hilfe für die deutschen, sowie auch für die spanischen, für die bulgarischen und für alle anderen Arbeiter gelöst werden.**

Der Augenblick ist gekommen, man darf nicht länger zögern und ausweichen! Mit Ungeduld erwarten wir die Antwort auf alle hier gestreiften Fragen. Wir sind fest davon überzeugt, daß Millionen von Arbeitern aller Nationalitäten und Berufe mit uns auf die Antwort warten.

J. Jusephowitsch, Vorsitzender des Allrussischen Lederarbeiter-Verbandes.
W. Waksow, Mitglied des Zentralkomitees des Allrussischen Metallarbeiter-Verbandes.
N. Lebedeff, Sekretär des Allrussischen Textilarbeiter-Verbandes.

Genossenschaftsbewegung

Die 9. Session des Zentrosojus.

Von Karl Bittel (z. Zt. Moskau).

** Ueber die Intensität des gegenwärtigen Genossenschaftslebens in Sowjetrußland gab die 9. Session des Allrussischen Zentralverbandes der Konsumgenossenschaften ein anschauliches Bild. Sie tagte am 20. und 21. September im Klubraum des „Zentrosojus" in Moskau. Die Delegierten zur Session sind die Abgeordneten aus der Provinz und aller größeren Genossenschaften.

Schon das Referat des Präsidenten, Genossen **Chschintschuk,** über die Tätigkeit während der Berichszeit vom Mai bis zum August 1923 zeigte das schnelle Tempo des weiteren Anwachsens des wichtigen genossenschaftlichen Faktors in der russischen Wirtschaft. Im Vergleich zum ersten Quartal hat sich der Warenverkauf im zweiten um 47,2 Prozent vergrößert, worunter sich nur noch 2,2 Prozent an private Institutionen befinden. Damit ist der „Zentrosojus" der größte Händler geblieben, und sein Umsatz in Manufakturwaren hat den Umsatz des Textilsyndikats erreicht. Ein großer Erfolg war die Nischni-Nowgoroder Messe, wo die Einkäufe 2,5 Millionen Tscherwonetz (à 5 Dollar) betrugen. Der Export des Zentrosojus ist im zweiten Quartal um 137,7 Prozent gestiegen, und die Steigerung im Juli und August ist wiederum beträchtlich. Folgende interessante Statistik beweist dies:

Export des Zentrosojus in Pfund Sterling:

Warengattung:	2. Quartal 1923	Juli 1923
Faserstoffe	270 184	98 754
Rauchwaren	444 794	314 378
Tierische Rohstoffe	16 900	5 587
Lumpen	15 935	17 886
Kaviar	1 916	—
Eier	386	20 445
Butter	—	4 500
Käse	—	1 050
Bastmatten	—	10 130
Oelkuchen	16 339	13 077
Hafer	6 843	—
Roggen	10 836	—
Gerste	10 845	1 146
Buchweizen	4 894	—
Haide	2 325	3 330
Flachs	7 374	5 164
	809 571	495 447

Die Einfuhr des Zentrosojus ist wesentlich geringer, so daß eine aktive Handelsbilanz in Höhe von 766 000 Pfd. Sterling erreicht wurde. Hauptsächlich wurden landwirtschaftliche Maschinen, Leder, Heringe, Reis und Farben eingeführt. In bezug auf den Getreideexport wurde die wichtige Frage zur Lösung gestellt, inwieweit die einzelnen landwirtschaftlichen Genossenschaften, also die Produzenten der Rohstoffe und der landwirtschaftlichen Produkte, selbst direkt am Gewinn beteiligt werden können. Es gibt bereits Provinzialverbände, die ihren Genossenschaften vertragsweise einen Gewinnanteil in Höhe von 20,40 und 60 Prozent vom Export zusichern.

Die Beziehungen des Zentrosojus zu den **staatlichen Produktionsverbänden** (Trusts) haben sich wesentlich gefestigt und gut gestaltet, während die Beziehungen zu den **staatlichen Handelsverbänden** (Syndikate) mehrfach Störungen aufwiesen, indem einige von diesen im Konkurrenzeifer den Zentrosojus zu ersetzen versuchten. Zum Schluß wurde noch über die hervorragende Beteiligung des Zentrosojus und der Genossenschaften überhaupt an der derzeitigen großen Ausstellung in Moskau berichtet.

Aeußerst interessante Probleme behandelte das Referat des Genossen **Tischomirow über die Aktivität der Mitglieder und über die organisatorischen Fragen** des Konsumgenossenschaftswesens. Er berichtete über die sich von Tag zu Tag steigernde innere Lebendigkeit der Mitgliedermassen, insbesondere in den Industriegebieten. Bekanntlich entwickeln sich seit dem Frühjahr 1921 wieder die freien Genossenschaften mit freiwilliger Mitgliedschaft. Sie zählen heute 4,3 Millionen Mitglieder, die Anteile und Beiträge entrichten. Es wird jetzt für die aktive Betätigung in den Genossenschaften an eine besondere Propaganda innerhalb der Gewerkschaften gegangen. Das Referat gab eine Menge Einzelheiten über die organisatorische Arbeit. Tischomirow empfahl als Norm ein Eintrittsgeld von ½ Goldrubel und einen Genossenschaftsanteil von nicht mehr als 5 Goldrubeln (1 Goldrubel etwa ½ Dollar).

Ueber die **finanzielle Lage der Genossenschaften** referierte Genosse **Nekrassow.** Seine Ausführungen zeigten, welch ungeheure Leistung Sowjetrußland mit der Stabilisierung des Tscherwonetz vollbracht hat. Es gelingt nun, während der rapiden Geldentwertung in das Chaos der Warenpreise Ordnung zu bringen und die Preise selbst wieder zu stabilisieren, wie überhaupt wieder ein ordnungsgemäßes Budget und genaue Kalkulationen zur Einführung zu bringen. Er gab im einzelnen Beispiele über die Entwicklung der Staatskredite sowie der Kredite der Genossenschaftsbank einerseits und der Kreditgewährung an die einzelnen Genossenschaftsmitglieder andererseits. Es wird jetzt systematisch daran gegangen, mit der wachsenden Aktivität der Mitglieder auch durch deren Geschäftsanteile eine tragfähige finanzielle Basis zu schaffen. Sogar die Beziehungen zu den Trusts gestalten sich in Einzelfällen in finanzieller Beziehung bereits so günstig, daß beispielsweise die Manufakturabteilung ihre Kredite in naher Zukunft auf die staatliche Industrie zu gründen hofft. Die Umsätze haben sich so riesig gesteigert, daß mit solch grandiosen Unternehmungen wie der Bau der Riesenlagerhäuser an der Bahnstrecke begonnen werden konnte. Lebhafte Klage wurde in dem Referat über die Zahlungssäumigkeit einzelner Genossenschaften geführt, die die Zentrale dauernd „anpumpen" und sie als melkende Kuh betrachten. Gegen solch ungenossenschaftliches Verhalten, wo auf dem freien Markt bar bezahlt wurde, während man gleichzeitig beim Zentrosojus Fristverlängerung für Wechsel nachgesucht hat, wurde heftig protestiert. Es ist verständlich, daß dieses Referat eine lebhafte Diskussion hervorrief, in der insbesondere auf die Dissonanz zwischen den höheren Preisen der Industrieprodukte und den billigeren Preisen der landwirtschaftlichen Erzeugnisse hingewiesen wurde. Die übrigen Fragen der Tagesordnung betrafen einzelne Spezialfragen.

Mit großer Aufmerksamkeit wurde die Ansprache eines **Genossenschafters aus Deutschland** entgegengenommen, der die katastrophale Lage der deutschen Genossenschaften schilderte. Es mangelt ihnen nicht nur an Kapital, sondern ihren Führern auch das „revolutionäre Talent", um der Situation Herr zu werden. Mit den abgebrauchten alten Methoden der Reformisten und den falschen Mitteln der Opportunisten wird der vorhandene Genossenschaftsapparat immer weiter ruiniert. Die Bankkredite haben die Stinnesierung des großen Konsumvereins **Leipzig** bereits so weit gebracht, daß dieser Betrieb an seiner Fleischerei ausländische Kapitalisten beteiligt hat. Die politische „Neutralität" der Genossenschaften hat sich zu einer Koalition mit den Feinden der Arbeiterklasse in der allgemeinen Wirtschafts- und Steuerpolitik entwickelt. Der mangelnde Einfluß der Genossenschaften auf dem Markte hat in Form von proletarischen Kontrollausschüssen zu neuer Selbsthilfe geführt.

Der deutsche Genosse betonte die Notwendigkeit der Zusammenarbeit der sich aufbauenden russischen mit der deutschen Genossenschaftsbewegung und sprach die Hoffnung aus, daß die

Errichtung des Kinderheims durch die russischen Genossenschaften im Thüringer Wald von gute Vorbedeutung für die bevorstehende engste Zusammenarbeit der russischen mit den deutschen Genossenschaften sein wird.

Aus der Internationale

Die Vereinigung der beiden kommunistischen Parteien in Dänemark.

Von Karl V. Jensen (Kopenhagen).

** Die Spaltung in der dänischen kommunistischen Bewegung, die im Februar 1922 entstand, ist jetzt endgültig liquidiert worden. Gemäß den Beschlüssen der Erweiterten Exekutive im Juni d. J. zur Dänischen Frage, worin die beiden Kommunistischen Parteien wiederholt zur Vereinigung aufgefordert werden, wurden zwischen den Parteien Verhandlungen eingeleitet, die zu einem vom Verhandlungsausschuß einstimmig angenommenen Vorschlage der Vereinigung der beiden Parteien führten. Diesem Vorschlag ist bereits von beiden Parteiinstanzen zugestimmt worden.

Vom 1. Oktober ab werden die beiden Parteiorgane unter dem Namen „Arbejder-Bladet" (Klassekampen) zusammengefaßt. Zur Vorbereitung eines Vereinigungsparteitages, der in drei Monaten stattfinden soll, ist aus Vertretern beider Richtungen eine provisorische Parteizentrale gebildet worden. In der letzten Ausgabe der beiden Parteiorgane wurde an die dänische Arbeiterklasse ein Aufruf über die Vereinigung und die nächsten Aufgaben der vereinigten Partei veröffentlicht.

Die inneren Streitigkeiten und die Spaltung haben der kommunistischen Bewegung Dänemarks in den letzten Jahren schwere Schläge zugefügt und ihr das Vertrauen der dänischen Arbeiter geraubt. Um heute in Dänemark überhaupt kommunistische Arbeit leisten zu können, war es unbedingt notwendig, daß die Vereinigung zustande kam. Es war um so notwendiger, als die dänische Arbeiterschaft im Jahre 1924 bedeutende gewerkschaftliche und politische Kämpfe zu führen haben wird. Nur eine einheitliche kommunistische Bewegung wird imstande sein, ihren Einfluß auf diese Kämpfe auszuüben.

Die nun vereinigte Kommunistische Partei Dänemarks ist noch eine ganz kleine Partei. Zum ersten Male aber gibt es jetzt in Dänemark eine revolutionäre Bewegung, die aus den schweren inneren Streitigkeiten eine ernste Lehre für ihre zukünftige Arbeit gewonnen und sich zur Klarheit durchgerungen hat.

Es darf auch heute, bei der Vereinigung, nicht vergessen werden, daß es die wiederholten Bemühungen der Exekutive der Kommunistischen Internationale waren, die in erster Linie zur Liquidierung des dänischen Parteistreites beigetragen haben.

Faschismus

Der neue spanische Faschismus.

Von T. Maurin (Barcelona).

** Die Militärs, die jetzt in Spanien zur Macht gelangt sind, finden ihre Hauptstütze in den Kapitalisten Cataloniens. Diese erstreben die Aufrichtung einer Diktatur, um die proletarischen Organisationen lahmzulegen und so die Möglichkeit des Lohnabbaues und der Verlängerung der Arbeitszeit zu gewinnen. In der spanischen Politik bestand stets ein Gegensatz zwischen den Interessen der Gutsbesitzer, aus deren Reihen die bisher regierenden Parteien hervorgingen, und denen der catalonischen Industriellen. Die Machtübernahme durch das Militär gibt nun den Industriellen Cataloniens die Möglichkeit, die Agrarier von der Regierung zu verdrängen und selbst an ihre Stelle zu treten. Aus diesem Grund ist die catalonische Großbourgeoisie die einzige Bevölkerungsgruppe, die mit Begeisterung den militärischen Staatsstreich aufnahm.

Die catalonische Bourgeoisie und die Militärpartei, die beide von dem Beispiel des italienischen Faschismus begeistert sind, versuchen in Spanien eine Regierung im Stile Mussolinis aufzurichten. Die neuen Machthaber haben das Parlament aufgelöst, die Zivilgouverneure abgesetzt, über Spanien den Belagerungszustand verhängt und die Presse der Vorzensur unterworfen. Vor allem aber hat die neue Regierung eine Verordnung über die Schaffung nationaler „Somaten" erlassen, wodurch in ganz Spanien ein Seitenstück zu der faschistischen Miliz Italiens ins Leben treten soll.

Das neue militärische Direktorium, das durch den Staatsstreich eingesetzt wurde, entspricht einigermaßen dem „großen faschistischen Rat" Mussolinis. Das Programm der neuen Diktatur enthält vor allem die verschärfte Fortsetzung des Krieges in Marokko. Aber auf diese Weise wird sich weder der Zusammenbruch der Industrie noch der Staatsbankrott aufhalten lassen. Aus diesem Grunde dürfte die Militärdiktatur nicht von langer Dauer sein. Die Fortsetzung des marokkanischen Krieges muß die breiten Massen der Bevölkerung gegen die neuen Machthaber erbittern, und auch die Gutsbesitzer, die den alten politischen Parteien anhängen, stehen in Opposition gegen das neue System. Die Arbeiterklasse wird also, wenn sie in richtiger Weise operiert, mit ihren faschistischen Feinden fertig werden.

Aus den Kasematten der Bourgeoisie

Ein Brief aus den Kerkern Finnlands.

Ein finnischer Genosse, der sich in Helsingfors im Gefängnis befindet, sendet uns im Namen der verhafteten Kommunisten Finnlands folgende Zuschrift:

** Die heldenmütige revolutionäre Erhebung der finnischen Arbeiterschaft im Jahre 1918 ist allen klassenbewußten Arbeitern der Welt noch erinnerlich. Der weiße Terror hat damals alle Arbeiterorganisationen unterdrückt. Aber die geschlagene Arbeiterschaft erhob sich von neuem. Im Mai 1920 gründeten die revolutionären Arbeiter die Sozialistische Partei Finnlands. Durch Auflösung des Gründungskongresses dieser Partei zeigte die Bourgeoisie, daß der weiße Terror immer noch regierte. Die Sozialdemokratische Partei war freilich seit 1918 wieder legal. Die revolutionären Arbeiter antworteten auf den Handstreich des Polizeichefs von Helsingfors, indem sie im Juni 1920 die Sozialistische Arbeiterpartei Finnlands gründeten. Seitdem stand unsere Partei unter ständigem Druck seitens der Bourgeoisie. Einen Angriff nach dem anderen haben wir ausgehalten. Inzwischen wirkten die Sozialdemokraten als Spitzel der herrschenden Klasse. Sie warfen uns vor, daß wir Gold von der russischen Regierung erhalten und daß wir hochverräterische Absichten hätten. Sie denunzierten uns bei der Geheimpolizei als Verschwörer, die angeblich mit Hilfe der Roten Armee Rußlands aus Finnland eine russische Kolonie machen wollen.

Die wütende Verfolgung unserer Partei durch die Bourgeoisie erreichte am 3. August dieses Jahres ihren Höhepunkt, als die Massenverhaftungen von Kommunisten erfolgten. An diesem Tag wurden alle Mitglieder der Parteizentrale und unserer Parlamentsfraktion und zahlreiche andere Genossen verhaftet. Die Gesamtzahl der Verhafteten belief sich auf 300. Alle Organe der Partei wurden unterdrückt, die Druckereien und sonstiges Eigentum wurden beschlagnahmt.

Nach den Aeußerungen der bürgerlichen Presse sollen wir wegen Hochverrats angeklagt werden und die Urteile sollen so hart ausfallen wie nur irgend möglich. Die bürgerliche Presse arbeitet bereits in diesem Sinne. So erklärte die in schwedischer Sprache erscheinende Zeitung „Nyland": „Die meisten verhafteten Kommunisten müßten gehenkt werden, als Strafe für sie selbst und als Warnung für die anderen. An den Landstraßen gibt es genug Telephonpfosten." Ein schöner Beweis für die barbarischen Instinkte der Bourgeoisie, die fest entschlossen ist, den Kommunismus auszurotten. Was tun nun die Sozialdemokraten? Sie mußten scheinbar ihre Taktik ändern, um bei den Arbeitern nicht allen Boden zu verlieren. Auf der einen Seite tadelten sie die Regierung für ihre Aktion gegen den Kommunismus, und auf der anderen Seite stützten sie dieselbe Regierung, indem sie Beweismaterial gegen uns lieferten. Am 4. August suchten einige sozialdemokratische Führer den Minister des Innern auf und fragten ihn heuchlerisch, warum eine so scharfe Aktion gegen die Kommunisten unternommen würde. Der Minister antwortete: „Dies ist geschehen, weil die Kommunisten gewaltsam und mit Hilfe einer fremden Macht die Regierung stürzen wollen." Ihm erwiderte der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei, Vaino Tanner, gemäß dem Bericht des offiziellen Parteiorgans „Sozialdemokrat" vom 6. August: „In Schweden und England dürfen die Kommunisten frei agitieren so viel sie wollen, aber unsere Kommunisten sind anders als diese, weil einige von ihnen gewillt sind, mit Hilfe einer fremden Macht die Unabhängigkeit unseres Vaterlandes zu beseitigen." Der sozialdemokratische Führer hat also die Hauptanschuldigung, die gegen uns erhoben wird, bekräftigt. Wie hätten die Sozialdemokraten auch anders handeln sollen, ohne ihre freundschaftlichen Beziehungen zu der Regierung zu unterbrechen, die vielen von ihnen hohe Gehälter zahlt!

Der „Sozialdemokrat" vom 17. August bringt einen Appell an die Arbeiter Finnlands. Er trägt die Ueberschrift: „Tretet

aus der Kommunistischen Partei aus!" Der Aufruf erklärt: „Wenn ihr nicht wollt, daß Finnland seine Unabhängigkeit verliert, wenn ihr im Kampf mit der Bourgeoisie dieses Landes nicht geschlagen werden wollt, dann müßt ihr jetzt endlich die kommunistischen Grundsätze aufgeben, die Kommunistische Partei verlassen und zur alten Sozialdemokratischen Partei zurückkehren." Aus diesen Tatsachen kann man das schmähliche Spiel erkennen, das die sozialdemokratischen Führer bei der Unterdrückung unserer Partei gespielt haben. Die Heuchelei der Sozialdemokraten erinnert an Judas.

Wir fühlten uns in den Gefängnissen Finnlands ermutigt, als wir in den Zeitungen lasen, daß die norwegischen Genossen einen bürgerlichen Sängerchor aus Finnland bei seinem Besuch in Kristiania boykottierten, und daß die Kommunistische Jugend Norwegens eine Boykottbewegung gegen die finnische Bourgeoisie einleitet. Das ist ein schönes Beispiel internationaler Klassensolidarität.

Wir wollen den Arbeitern der ganzen Welt aus den Gefängnissen des barbarischen Finnlands mitteilen, daß wir zwar im Kerker, aber nicht besiegt sind. Der Kampf geht weiter, ganz gleich, was geschehen mag. In Haft oder in Freiheit werden wir für die Sache des Proletariats weiterkämpfen.

Helsingfors, 24. August.

Buchbesprechung

Cunow-Kautskys Kampf um den Staat

Von Karl Korsch (Jena).

** Wer den ganzen Jammer des Vulgärmarxismus bis zur Neige auskosten will, greife zu der neuesten Broschüre Kautskys über **„Die Marxsche Staatsauffassung im Spiegelbild eines Marxisten", Jena 1923.** In ihr unterbricht der Veteran des Vulgärmarxismus für eine Weile die übliche Kampagne gegen Revolution und Bolschewismus, um sich zur Abwechslung einmal gegen einen anderen Feind zu wenden, der „mit Lenin darin übereinstimmen" soll, daß „beide in der Ausdehnung der staatlichen Bürokratie und ihrer Machtbefugnisse das Wesen des neuen, höheren, sozialistischen Staates erblicken", während Kautsky vielmehr das Wesen der „Diktatur des Proletariats" im Sinne von Marx definiert als eine Staatsgewalt, die in Ermangelung von „bloß niederdrückenden" Machtmitteln „schwach ist **gegenüber der Bevölkerung, aber stark gegenüber dem Kapital** dadurch, daß die Masse der Bevölkerung hinter ihr steht" (so zu lesen im Sperrdruck bei dem „Marxisten" Kautsky, S. 19!).

Der andere Gegner, gegen den Kautsky diesmal die wahre Marxsche Staatsauffassung hervorkehren will, ist sein alter Rivale Heinrich Cunow. Dieser hat in seinem bekannten Werke über „Die Marxsche Geschichtsgesellschafts- und Staatstheorie" (Berlin 1920) gegen Kautsky den schweren Vorwurf erhoben, daß er solche Marxschen Grundbegriffe wie „Gesellschaft", „Gemeinschaft" und „Staat" in naiver Weise durcheinanderwürfele und dadurch nicht nur hinter Marx und Hegel, sondern sogar hinter dem 18. Jahrhundert noch zurückbleibe (Cunow I, 263). Diese Behauptung sucht Kautsky zu widerlegen, und dabei gleichzeitig den von Cunow gegen ihn erhobenen Vorwurf des „Vulgärmarxismus" auf das Haupt seines Urhebers zurückzuschleudern. Entwirren wir den ganzen konfusen Knäuel von Mißverständnissen und Fälschungen, so erhalten wir folgendes unerfreuliche Bild: Es ist ohne Zweifel richtig, daß Heinrich Cunow, der gegen Karl Kautsky die Anklage des Vulgärmarxismus erhebt, seinerseits die wirklichen Lehren von Marx und Engels über das Verhältnis von Gesellschaft und Staat noch weit schlimmer verfälscht hat, indem er einerseits an der strengen Marx-Engelsschen Terminologie eine höchst überflüssige und bedenkliche, von dem bürgerlichen Gelehrten Tönnies entlehnte „Verbesserung" angebracht und andererseits die Marx-Engelssche Staatstheorie auch inhaltlich in ihr gerades Gegenteil verkehrt hat. Während Marx und Engels terminologisch im allgemeinen nur unterscheiden zwischen der „bürgerlichen Gesellschaft" einerseits und dem „Staat" andererseits, und für beide sachlich kein Zweifel daran besteht, daß der Staat zur bürgerlichen Gesellschaft gehört, und auf jenen „vorgeschichtlichen Stufen" der menschlichen Entwicklung, auf denen es noch keine Klassengesellschaft gab, überhaupt noch nicht existierte, setzen der bürgerliche Gelehrte Tönnies und der quasi-Marxist Cunow an die Stelle dieser geschichtlichen Begriffsbestimmungen Marx' eine im Grunde völlig ungeschichtliche Unterscheidung von zwei abstrakten Grundkategorien, der Kategorie der „Gemeinschaft" und der Kategorie der „Gesellschaft". Und es entsteht nun für sie auf dieser metaphysischen Grundlage das vom marxistischen Standpunkt aus völlig sinnlose Problem, ob der „Staat" seinem Wesen nach eine „Gesellschaft" oder eine „Gemeinschaft" darstelle. Während aber der bürgerliche Soziologe Tönnies dieses Problem nun wenigstens so richtig löst, wie ein falsch gestelltes Problem überhaupt nur gelöst werden kann, indem er entscheidet, daß „der Staat" seinem Wesen nach zweifellos der „Gesellschaft" angehört, und durchaus keine „Gemeinschaft" darstellt (vgl. Tönnies, Gemeinschaft und Gesellschaft, 3. und 4. Auflage, S. 224, 227 ff., 247), kann diese Lösung des Problems dem immer strebend sich bemühenden sozialdemokratischen Professor Heinrich Cunow natürlich nicht genügen. Er glaubt, daß man an dieser Stelle den „Politiker" Marx von dem überlegenen wissenschaftlichen Standpunkt des „Soziologen" aus berichtigen müsse und entwickelt die Lehre, daß „der Staat" zwar einerseits tatsächlich, „vor allem in seiner früheren Gestaltung" eine „Herrschaftsorganisation" dargestellt habe, daß man aber diese Betrachtung des Staats „hegelianisch-dialektisch" zu einer „höheren Einheit" verbinden müsse mit seiner Bedeutung als einer „großen ethischen Lebensgemeinschaft" (I, 310). Daß hinter diesen hegelianischen Phrasen des „im Grunde genommen durchaus positivistisch" gerichteten „deskriptiven Soziologen" Cunow in Wirklichkeit nichts steckt, als eine Auffassung des Staates, die sich politisch in den Bahnen des demokratischen Liberalismus und wirtschaftspolitisch in den Bahnen des Staatssozialismus à la Adolf Wagner bewegt, hat der bürgerliche Gelehrte L. v. Bortkiewicz in seiner ausgezeichneten Besprechung des Cunowschen Werkes, im 10. Jahrgang von Grünbergs Archiv für die Geschichte des Sozialismus, S. 416—428, in völlig zwingender Weise nachgewiesen. Dieser gründliche bürgerliche Gelehrte hat dabei auch die fast unglaubliche Fälschung aufgedeckt, mit der Cunow (I. 258/9) bei einem scheinbar wörtlichen und mit Anführungsstrichen versehenen längeren Zitat aus Tönnies die Tönniessche Auffassung über das Verhältnis von Gesellschaft, Gemeinschaft und Staat geradezu in ihr Gegenteil verkehrt hat, Cunow fügt zu der Tönniesschen Erklärung des Wesens der „Gemeinschaft" einen frei erfundenen Schlußsatz hinzu, worin er Tönnies sagen läßt, daß eine solche „Gemeinschaft" auch „der Staat" sei, „errichtet zu dem Zweck, Freiheit und Eigentum seiner Objekte zu schützen"! — Soviel zu Cunow und seiner Marx- und Tönnies-Fälschung. Worin besteht nun die Leistung Kautskys? Er hat von alldem, was Bortkiewicz aufgedeckt hat, aus eigener Kraft überhaupt nichts herausgefunden, und er hat überdies auch von der B.schen Kritik das Wichtigste nicht begriffen. Die ganze Kautskysche Broschüre enthält nichts als eine Wiederholung und ermüdende Breittretung der kritischen Bemerkungen von Bortkievicz. Und es fehlt dabei gerade derjenige Gedanke, der den eigentlichen Kern der B.schen Cunow-Kritik bildet. Das ist die feine kritische Bemerkung von B. darüber, daß die von Cunow beliebte „Umdeutung" der Marxschen Begriffe von Gesellschaft und Staat „ins allgemeinsoziologische" schon darum ganz sinnwidrig sei, weil diese Marxsche Unterscheidung „auf die besonderen modernen westeuropäischen und nordamerikanischen Verhältnisse zugeschnitten ist und im Grunde genommen nichts anderes will, als dem für diese Verhältnisse charakteristischen Kontrast zwischen politischer Gleichheit und Freiheit und ökonomischer Unfreiheit und Abhängigkeit einen prägnanten Ausdruck zu verleihen." Auch dieser Satz hat, ähnlich wie die Tönniessche Soziologie, noch einen bürgerlichen Pferdefuß: die Geltung der Marxschen Begriffe ist eingeschränkt auf die modernen „westeuropäischen und nordamerikanischen" Verhältnisse; sie sollen also nicht gelten für das „heilige Rußland" und für den ganzen Orient. Aber man ersieht doch aus diesem B.schen Satze, daß auch ein bürgerlicher Gelehrter, sofern er nur gründlich arbeitet, wenigstens das Historische in dem Hegel-Marxschen Grundbegriff der bürgerlichen Gesellschaft herauszufinden vermag, und frühere bürgerliche Gelehrte (z. B. Bluntschli) haben sogar auch von der dialektischen und revolutionären Bedeutung dieses „Dritten Standes-Begriffes" der Gesellschaft eine Vorstellung gehabt. Weit hinter solchen bürgerlichen Gelehrten aber stehen die beiden eifervollen Koryphäen des Marxismus der II. Internationale, die in ihrem blinden Streit um den Redaktionssessel der „Neuen Zeit" so ganz der Augurenpflicht der gegenseitigen Schonung vergessen haben, daß sie sich gegenseitig alle Hüllen von ihren Blößen reißen, so daß sie am Ende in ihrer ganzen nackten Armseligkeit vor aller Welt dastehen: als Wiederkäuer derjenigen unzureichenden Formen, in denen sich die bürgerlichen Gelehrten den Sinn der Marxschen Begriffe anzueignen versuchen, und den wirklichen Sinn dieser bürgerlichen Hilfsformeln am Ende auch noch verfehlend!

Gedruckt in der Friedrichstadt-Druckerei, G. m. b. H., Berlin SW 48